VR-03-048 Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung lassen - Verkehrswende jetzt! (V-28, V-29, V-46 geeint)

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Änderungsantrag zu VR-03

Nach Zeile 48 einfügen:
Hinter der Kraftstofflobby stehen außerdem die mächtigsten fossilen Konzerne der Welt mit ihrem Ziel, dass Mobilität weiterhin von Öl und Gas abhängig bleibt und gefördert wird- auch wenn dieses gar nicht mehr gebraucht wird.
Damit zerstören diese Unternehmen im niedersächsischen Wattenmeer direkt vor unserer Haustür einen einmaligen ökologischen Lebensraum, heizen die Klimakrise weiter an und gefährden eine touristische Region.
Deswegen fordern wir gemeinsam eine finale Absage für die Gasförderung vor Borkum, eine Ablehnung des Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden und die Absage an Genehmigungen für Kabeltrassen der fossilen Infrastruktur. Wir stehen gemeinsam für den Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer und setzen uns für die notwendigen Neuregelungen im Bergrecht ein, damit Natur- und Klimaschutz über den fossilen Konzerninteressen steht.

Begründung

Die Schönheit und Einzigartigkeit des Wattenmeers, ein Tourismusmagnet und UNESCO Weltnaturerbe, stehen auf dem Spiel. Dieses fragile Ökosystem mit seiner faszinierenden Unterwasserwelt, beeindruckenden Salzwiesen und Dünenlandschaften sowie Millionen von Vögeln, die hier ihren Rastplatz haben, darf nicht für wirtschaftliche Interessen eines niederländischen Konzerns riskiert werden. Der Schutz des Wattenmeers, der Inseln, Flora und Fauna und der Menschen muss für uns Priorität haben – wir dürfen nicht zulassen, dass die geplante Erdgasförderung vor Borkum Deutschlands größtes Naturerbe gefährdet.

Im Jahr 2022 wurde aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine eine mögliche Gasknappheit befürchtet. Doch Dank umfassender und zügiger Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene durch uns Grüne, insbesondere durch den Ausbau Erneuerbarer Energien, konnte diese Gefahr abgewendet und die Menschen in diesem Land warm und sicher durch den Winter gebracht werden. Auch 2024 sind die Speicher voll. Niedersachsen, das 2023 erstmalig seinen Strombedarf rechnerisch zu über 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt hat und für ganz Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Energiewende spielt, zeigt uns, dass der Weg in die Zukunft grün ist und nicht weiter von fossilen Brennstoffen abhängen darf. Die geplante Erdgasförderung, die maximal 1 % des aktuellen deutschen Bedarfs decken würde, steht in keinem Verhältnis zu den potentiellen Schäden. Allein durch die Verbrennung des geförderten Gases würden gemäß der Genehmigung von 18 Jahren Förderzeitraum bis zu 26 Millionen Tonnen CO2 freigesetzt – das entspricht den jährlichen Emissionen des gesamten Bundeslandes Rheinland-Pfalz.

Die UNESCO erklärt in ihrem Wattenmeer-Zustandsbericht die geplante Gasförderung als unvereinbar mit dem Status des Weltnaturerbes. Der Schutz dieses empfindlichen Ökosystems darf nicht der kurzfristigen Rohstoffgewinnung geopfert werden. Die einzigartigen Lebensräume, die 2022 dem Bundesumweltministerium als Flora-Fauna-Habitat FFH 2022 zur Aufnahme gemeldet wurden, sowie aktuell neu entdeckte Steinriffe vor Borkum mit ihren Hummern, Krebsen und Korallen, der Lebensraum auf den ostfriesischen Inseln, sind durch das Vorhaben der Firma ONE-Dyas unmittelbar bedroht. Die Störungen reichen direkt in die Gebiete hinein und gefährden somit zum Beispiel Schweinswale,

Robben und Seehunde. Dieses Erdgasfeld ist erst der Anfang des von ONE-Dyas großräumig geplanten Förderprojekt mit weiteren Bohrplattformen und Gasfeldern, teilweise direkt unter deutschen Naturschutzgebieten, die dieses derzeit so biodivers geschütztes Gebiet industrialisieren würde.

Die Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist sowie zahlreiche Umweltverbände aus den Niederlanden und Deutschland haben bereits erfolgreich gegen den Bau der Bohrplattform und der dafür notwendigen Infrastruktur geklagt und vor Gericht einen vorläufigen Baustopp erreicht. Das Gericht betonte ausdrücklich den Schutz wertvoller Riffe entlang der Kabeltrasse und das wirtschaftliche Interessen eines fossilen Konzerns, den Natur- und Klimaschutz nicht überwiegen. Dies zeigt deutlich den breiten Widerstand und das Bewusstsein in der Region, dass die Erdgasförderung einen unverantwortlichen Eingriff in die Natur und das Klima darstellt. Bündnis 90/Die Grünen steht fest an der Seite der Klimabewegung, der Natur- und Umweltverbände, der Insulaner*innen und der Inseln Borkum, Schiermonnikog und Juist.

Wenn wir unseren Anspruch als Klimaschutzpartei und die Glaubwürdigkeit der deutschen Energiepolitik verteidigen wollen, dürfen wir Borkum nicht zulassen. Die geplante Förderung steht im krassen Widerspruch zu den Klimazielen, die wir uns gesetzt haben, und gefährdet die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Weltweit war es ein Erfolg von Außenministerin Annalena Baerbock, Klimaschutzminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke, dass sich die 28. Weltklimakonferenz in Dubai endlich für die Abkehr von fossilen Energien ausgesprochen hat. Die Erschließung neuer Öl-, Gas- und Kohlevorkommen ist mit dem Weltklimaabkommen unvereinbar.

Auf Bundesebene wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, dass keine neuen Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen in der Nord- und Ostsee erteilt werden sollen. Die Modernisierung des Bergrechts ist bereits angestoßen, um die heimische Rohstoffgewinnung ökologisch neu zu ordnen und endlich auch Klimaziele in Genehmigungen zu berücksichtigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies zügig umzusetzen, damit keine neuen Genehmigungen für fossile Förderprojekte mehr erteilt werden.

Die Verhandlungen über ein sogenanntes Unitarisierungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden, das die rechtliche Grundlage für die geplante Erdgasförderung schaffen soll, laufen seit 2022. Dieses Abkommen darf vom Deutschen Bundestag aus Klimaschutz- und Umweltgründen und zum Schutz des UNESCO-Welterbes Wattenmeer nicht ratifiziert werden. Wir appellieren an die grüne Bundestagsfraktion und an unsere Minister*innen, sich entschieden für Klima und Naturschutz und gegen diese unnötige Förderung einzusetzen. Klimaschutz und der Schutz unseres Naturerbes müssen über den Interessen eines niederländischen Unternehmens stehen. In dieser Sache stehen wir Seite an Seite mit GroenLinks, unserer Schwesterpartei in den Niederlande.

Wir fordern:

· Jegliche Erdgas- und Erdölförderprojekte innerhalb und außerhalb des Weltnaturerbes Wattenmeer sofort zu stoppen

· Den UNESCO Weltnaturerbe-Status des Wattenmeers konsequent zu schützen und gefährdende Eingriffe zu verhindern.

· Eine Ablehnung des Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden, das für die Förderung nötig wäre.

· Die Umsetzung eines ökologisch-modernen Bergrechts, das den Schutz von Klima und Natur ins Zentrum stellt und Neugenehmigungen fossiler Förderungen ausschließt

Der Schutz unseres einzigartigen Erbes muss Vorrang haben – denn es gibt keinen zweiten Ort wie das Wattenmeer.

weitere Antragsteller*innen

Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Lisa Badum (KV Forchheim); Greta Garlichs (KV Hannover); Ronja Berger (KV Leer/Ostfriesland); Hayo (Heinz-Gebrecht) Hayunga (KV Leer/Ostfriesland); Richard Graf (KV Leer/Ostfriesland); Sascha Völkening (KV Göttingen); Lüder Müller (KV Leer/Ostfriesland); Michael Lühmann (KV Göttingen); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Helge Limburg (KV Holzminden); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Ben Fischer (KV Leer/Ostfriesland); Martin Lüdders (KV Stade); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Hermann Gansel (KV Leer/Ostfriesland); sowie 147 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.